

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Langzeitarbeitslose im Abseits



Eine Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur Situation von Beschäftigungsinitiativen belegt drastische Defizite bei der Förderung für Langzeitarbeitslose. Eine Regelförderstruktur sei in Folge der enormen Mittelkürzungen und arbeitsmarktpolitischen Reformen der vergangenen Jahre nicht mehr vorhanden. Trotz einer wachsenden Zahl von Langzeitarbeitslosigkeit betroffener Menschen, seien die Unterstützungs-, Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen in den vergangenen drei Jahren halbiert worden. Die alte Bundesregierung habe mit ihrer rigorosen Kürzungspolitik und der von Anfang an umstrittenen Instrumentenreform das Hilfe- und Unterstützungssystem für Langzeitarbeitslose vor die Wand gefahren. Es sei bereits kurz nach zwölf. Eine Regelförderstruktur sei nicht mehr existent, stellte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, fest. Nach der repräsentativen Umfrage des Verbandes ist das Hilfeangebot für Langzeitarbeitslose seit 2010 praktisch halbiert worden, jeder zweite Maßnahmenplatz sei abgebaut worden. Innerhalb von nur drei Jahren haben 37 Prozent der Beschäftigungsträger ihre Arbeit für Langzeitarbeitslose gänzlich einstellen müssen oder sind sogar in die Insolvenz gegangen. Die Studie steht auf der Website des Verbandes zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung. www.der-paritaetische.de

Mehr als jeder Dritte verzichtet auf Hartz IV

In Deutschland leben 3,1 bis 4,9 Millionen Menschen in verdeckter Armut, weil sie kein Hartz IV beantragen, obwohl sie wegen geringen Einkommens oder Vermögens Anspruch darauf hätten. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Simulationsrechnungen. Damit verzichten zwischen 34 und 44 Prozent der Berechtigten auf staatliche Unterstützung, mehr als jeder dritte. Als mögliche Gründe, warum kein Leistungsantrag gestellt wird, nennen die Forscher in der 247-seitigen Studie Unwissenheit, Scham oder eine nur sehr geringe zu erwartende Leistungshöhe oder Leistungsdauer. Die Studie steht im Internet zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung. <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2013/fb0513.pdf>

Paritätischer legt Eckpunkte für ein Leistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen vor

Seit rund sieben Jahren arbeitet eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Arbeits- und Sozialministerkonferenz an der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Im »Fiskalpakt« wurde im Juni 2012 verabredet, dass Bund und Länder unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen in der neuen Legislaturperiode ein Bundesleistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen erarbeiten und in Kraft setzen wollen. Diese Verabredung wurde im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD im November 2013 aufgegriffen. Mit einem neuen »Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen« sollen die rechtlichen Vorschriften zur Eingliederungshilfe in der bisherigen Form abgelöst werden. Der Paritätische Gesamtverband sieht in einem neuen Leistungsgesetz zur Teilhabe von Men-

schen mit Behinderungen die bedeutende Chance, die Teilhabe, Partizipation und Inklusion von Menschen mit Behinderungen entsprechend der Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention zu verwirklichen und zu verbessern. Der Verband hat deshalb wesentliche Eckpunkte für ein Leistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen erarbeitet. Die »Eckpunkte für ein Leistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen« stehen auf der Website des Verbandes zum Herunterladen zur Verfügung. <http://www.der-paritaetische.de>

Neues Verfahren zur stufenweisen Wiedereingliederung

Seit 2011 gibt es eine Vereinbarung zur Zuständigkeitsabgrenzung bei der stufenweisen Wiedereingliederung zwischen der Deutschen Rentenversicherung und den Spitzenverbänden der Krankenkassen. Diese Vereinbarung gilt unbefristet weiter. Allerdings sind laut Deutschen Rentenversicherung in der Praxis zahlreiche Probleme aufgetreten, die Anpassungen des Verfahrens erforderten. In der Vergangenheit hätten Rehabilitationseinrichtungen teilweise auf der Checkliste angegeben, dass eine »Rekonvaleszenzzeit« vorliege, und daher eine stufenweise Wiedereingliederung nicht eingeleitet werden könne. Diese Begründung könne weder vom Rentenversicherungsträger noch von der Krankenkasse akzeptiert werden. Maßgebend seien ausschließlich Arbeitsunfähigkeitszeiten, die mit den Rehabilitationsleiden im Zusammenhang stehen. Weiterhin enthalte die Checkliste den Begriff der »kurzzeitigen Arbeitsunfähigkeit«. Hierunter sei zu verstehen, dass eine stufenweise Wiedereingliederung von der Reha-Einrichtung nicht einzuleiten ist, wenn auch ohne die stufenweise Wiedereingliederung innerhalb von vier Wochen mit Arbeitsfähigkeit zu rechnen sei. Die Deutsche Rentenversicherung Bund macht auch darauf aufmerksam, dass die Formulare zur Einleitung einer stufen-

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege



Soziale Arbeit und Wohnungswirtschaft
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007

Stiftungen
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2007

Beratung
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2007

Krisendienste
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2007

Schnittstellen der Jugendhilfe
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2007

Selbstständigkeit in der Sozialen Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2007

Kindertagesstätten
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008

Jugendsozialarbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008

Wohlfahrtsverbände
Produktionsauftrag:
zivilgesellschaftlicher Mehrwert
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2008

Islam
Kritische Kooperation erwünscht:
Muslimische Vereine als Partner in der Sozialen Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008

Pflegeversicherung
Fünf Fragen an die Pflege der Zukunft:
Who cares? Wie Unterstützung und Kooperation gestalten? Wie Teilhabe sichern? Wie finanzieren? Was macht gute Pflege aus?
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008

Corporate Citizenship
Gute Geschäfte: Die Renaissance unternehmerischen Engagements
Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie man Unternehmen als Partner gewinnt
Pflegeversicherung
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008

Aspekte kommunaler Versorgung
Die Zukunft der Kommune: weniger, älter, bunter
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009

Forschung
Wissen generieren für die Theorie und für die Praxis Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009

Verbraucherschutz
Vom Klienten zum Kunden – Konsequenzen für soziale Dienste und Einrichtungen
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009

Recht
Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten für soziales Recht
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009

Rechtsextremismus
Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009

Gesundheitsschutz
Befähigung zur Gestaltung gesunder Lebenswelten
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009

Ethik
Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der Profession Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010

Armutsberichterstattung
Was mit dem ersten Armutsbericht von 1989 angestoßen wurde – und was immer noch nicht erreicht ist
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010

Beschäftigungsförderung
Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbinden und Verwirklichungschancen mehrten
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010

Zentren und Netze der Kompetenz
»Nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten«
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010

Familienförderung und Kinderschutz
Die Förderung menschlicher Beziehungen als Aufgabe von Wohlfahrt
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010

Corporate Governance
Soziale Dienste und Einrichtungen gut und richtig führen
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010

Care
Sorge mit Aussicht – der private Haushalt und die Soziale Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011

Soziale Daseinsvorsorge
Kommunen zwischen Haushaltskonsolidierung und ihren Aufgaben als Koordinator lokaler Arrangements
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011

Generalisierung vs. Spezialisierung
Die soziale Profession braucht Einheit in Vielfalt
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Quartiersmanagement
Partizipation als Gewinn für alle
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Innovationen
Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011

Neuer Wohlfahrtsmix
So viel Nachbarschaft wie möglich, so viel professionelle Hilfe wie nötig
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011

Person – Milieu – Sozialraum
Das Quartier als Milieu der Dienste und des Engagements
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2012

Versorgung gestalten
Vom Zusammenwirken von Professionen, Diensten und Nutzern
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2012

Beratung in der Sozialen Arbeit
Querschnittsaufgabe und spezialisiertes Arbeitsfeld
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2012

Lebensqualität
Eine über Wachstum und Wohlstand hinausgehende gesellschaftliche Leitidee
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Steuerung in der Sozialen Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Soziale Freiwilligendienste
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2012

Pflege
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2013

Wohnen in Bewegung
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2013

Personal in der Sozialen Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2013

Orte früher Bildung
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2013

Europäische Union
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2013

Schule und Soziale Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2013

Finanzierung Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2014

Dienste am Arbeitsmarkt
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2014

Der Jahresbezugspreis beträgt 79,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 41,- Euro). Die Einzelhefte können zum Preis von 18,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden.

Nomos Verlagsgesellschaft,
Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden,
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 210427,
E-Mail Nomos@nomos.de, Internet
<http://www.nomos.de>

E-Mail aus Tel Aviv



»Ich spreche Deutsch, werde es aber nicht mit ihnen sprechen«

Nach einer aufregenden Ankunft musste ich gleich im Beit Anita Müller Cohen, einem Altenpflegeheim für Shoah Überlebende, anfangen. Schon die Fahrt dorthin entpuppte sich als Erlebnis: Bis jetzt habe ich es schon geschafft, mich vom Busfahrer auf Hebräisch zusammenschreien zu lassen, meinen Schuh in der Tür zu verhaseln, in die falsche Richtung einzusteigen, im Nichts zu landen und mehrere Busse zu verpassen, weil sie keine Lust hatten zu halten.

Meine Aufgabe wird hauptsächlich darin bestehen, die Bewohnerinnen und Bewohner zu besuchen und beim Essen reichen auf der Pflegestation zu helfen. Mittags musste ich dann zum ersten Mal »füttern«, abhängig von der betreffenden Person eine mehr oder weniger unangenehme Aufgabe. Dann wurde ich etlichen Menschen vorgestellt, die sehr verschieden auf mich reagierten: Eine konnte nicht damit aufhören, mir dafür zu danken, dass ich gekommen bin, eine andere bekam einen Krampf in der Hand, als

ich ihr meine reichte und ich bekam auch den Satz: »Ich spreche zwar Deutsch, werde es aber nicht mit ihnen sprechen. Do you speak English?« zu hören.

Es hat mich sehr überrascht, was für eine große Rolle die Shoah-Thematik bis jetzt in meiner Arbeit gespielt hat. Zum Beispiel ordne ich im Moment die Akten einer Dame, die ihre gesamte Familie in der Shoah verloren hat, selbst in einem Konzentrationslager war und deswegen Wiedergutmachungen in Österreich (wo sie herkommt), Frankreich (wo sie im Konzentrationslager war) und Deutschland beantragt hat.

Auch sonst kommen die Bewohnerinnen und Bewohner von sich aus oft auf ihre Vergangenheit zu sprechen und es ist nicht leicht, damit umzugehen, was sie erzählen, auch wenn es nur ein Bruchteil ihrer Geschichte ist. Besonders angetan hat es mir eine Dame, die aus England stammt und schon 1939 nach Israel kam, wo sie dann in der Kibbuzim-Bewegung aktiv war. Für ihre 84 Jahre ist sie mental noch sehr fit und gibt mir die Gelegenheit, auf Englisch über Merkel, Israels Politik und den Altersbegriff zu reden. Auch wenn ich mich an das »Füttern« noch sehr gewöhnen muss, weil es mich belastet, Menschen Essen aufzuzwingen, die nicht essen wollen, bin ich sehr optimistisch für die Zukunft – diese alten Menschen geben einem, auch wenn sie es nicht merken, viel mehr zurück, als man ihnen gibt.

Antonia Zimmermann

Antonia Zimmermann, geboren 1995 in Südafrika und aufgewachsen in Berlin, macht im Jahr nach ihrem Abitur einen Freiwilligendienst mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Tel Aviv in Israel. Dort arbeitet sie in einem Altenpflegeheim für Holocaust-Überlebende und im »Kantor Center« an der Tel Aviv University, einem Antisemitismus- und Rassismusforschungszentrum.

weisen Wiedereingliederung modifiziert wurden. Die neuen Formulare stehen im Internet zur Verfügung.

www.deutsche-rentenversicherung.de

Klima für Schizophrene wird rauer

Menschen mit Schizophrenie werden zunehmend in der Gesellschaft ausgegrenzt. Das ergab eine Untersuchung von Wissenschaftlern, die bundesweit rund 3.600 Menschen befragt hatten. Während es 1990 jeder fünfte Deutsche (20 Prozent) ablehnte, mit einer an Schizophrenie erkrankten Person zusammenzuarbeiten, war es 2011 fast jeder dritte (31 Prozent). Der Anteil derjenigen, die es sich nicht vorstellen konnten, einen an Schizophrenie leidenden Menschen einem Freund vorzustellen, stieg demnach von 39 Prozent auf 53 Prozent. Das Ergebnis sei beunruhigend, sagte der Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Georg Schomerus, am Universitätsklinikum Greifswald. Es zeige, dass das Bedürfnis nach sozialer Distanz zu Menschen mit einer Schizophrenie gestiegen sei.

Die Furcht habe zugenommen, während Mitleid und Hilfsbereitschaft abnahmen. Die Wissenschaftler führen die negative Entwicklung bei der Beurteilung der Schizophrenie auf die einseitige Betonung biologischer Prozesse bei der Darstellung dieser Krankheit zurück. Etwa 0,5 bis ein Prozent der Bevölkerung erkrankt im Laufe des Lebens an einer Schizophrenie. Die Betroffenen haben ein gestörtes Verhältnis zur Realität, litten unter Halluzinationen und Wahnvorstellungen.

www.medizin.uni-greifswald.de

Immer mehr gemeinnützige GmbHs

Immer mehr Organisationen im Dritten Sektor sind als gemeinnützige GmbHs (gGmbHs) tätig. In den Großstädten Berlin und Hamburg ist ihre Zahl von 2011 bis 2013 um 29 Prozent bzw. 17 Prozent gestiegen. Etwa jeder Dritte der 2,6 Millionen Beschäftigten in gemeinnützigen Organisationen arbeitet inzwischen in einer gemeinnützigen GmbH. Den Stand der Entwicklung der neuen Organisationsform für soziale Dienstleister – in

der Bildung, Erziehung, im Gesundheitswesen und der Kinderbetreuung – beschreibt das Wissenschaftszentrum Berlin in einer neuen Untersuchung. Die achtseitige Studie kann kostenlos von den Internetseiten des Wissenschaftszentrums Berlin heruntergeladen werden.

http://bibliothek.wzb.eu/wzbbrief-zivilengagement/WZBriefZivilengagement082013_dross_paul.pdf

Beratungsstelle Inklusion in Baden-Württemberg gegründet

Das baden-württembergische Sozialministerin stellt 150.000 Euro für den Aufbau einer »Kommunalen Beratungsstelle Inklusion« zur Verfügung. Die beim Städtetag Baden-Württemberg angesiedelte Stelle soll die Kommunen dabei unterstützen, den Inklusionsgedanken vor Ort umzusetzen. Aufgabe der neuen Beratungsstelle wird es sein, Städte für das Thema zu sensibilisieren und zu schulen, ein umfassendes Beratungskonzept für Kommunen zu erstellen und die Umset-

zung der Inklusion auf der lokalen Ebene zu begleiten. Das Stuttgarter Sozialministerium erstellt derzeit federführend für Baden-Württemberg einen Aktionsplan mit Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention. Aber auch auf lokaler Ebene ist flächendeckend die Entwicklung entsprechender Umsetzungspläne erforderlich. www.staedtetag-bw.de

Jugendschutzgesetz für Jugendgruppenleiter

Kinder und Jugendliche vor Gefährdungen zu schützen, ist eine wichtige Aufgabe der Jugendarbeit. Neben den pädagogischen Fragen, die sich hierbei stellen, sind die Regelungen des Jugendschutzgesetzes zu beachten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz hat einen Flyer mit Informationen zum Jugendschutzgesetz für Jugendgruppenleiter und Jugendgruppenleiterinnen herausgegeben, die insbesondere für Ehrenamtliche eine große Hilfe sein können. Das Informationsblatt enthält eine Übersicht zu wichtigen Jugendschutzgesetzen sowie Hintergrundinformationen und Verhaltenstipps für Verantwortliche in der Jugendarbeit. Es steht im Internet zum Herunterladen zur Verfügung. www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/sonstige/JusSchu_FlyerDBJR.pdf

Neue Leitfäden zur Kindertagespflege

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat differenzierte Ausgaben des Leitfadens »Kindertagespflege: die familiennahe Alternative« herausgegeben. Die Broschüren wenden sich an vier Adressatengruppen, nämlich Jugendämter, Tagespflegepersonen, Unternehmen sowie Eltern, die mehr über die Kindertagespflege erfahren wollen. Die an Jugendämter gerichtete Ausgabe enthält beispielsweise auf fast 40 Seiten Informationen darüber, wie die Kindertagespflege im Jugendamtsbezirk qualitativ und quantitativ ausgebaut werden kann. Praxistipps und Argumentationshilfen sollen helfen, die verschiedenen Akteure in den Ausbauprozess einzubeziehen und zu beraten. Die Leitfäden stehen kostenlos im Internet zur Verfügung. www.bmfsfj.de (Rubrik Service, Publikationen)

Termine

Demenz und Migration: Zugangswege und Lösungsansätze. 7 und 8. Juli 2014 in Nürnberg. www.awo-bundesakademie.org

Trajekt-Coaching. Ein strukturiertes und fokussierendes Coaching-Programm für Multi-Problem-Familien. 3. bis 5. September 2014 in Remagen-Rolandseck. www.akademie.awo.org

Die gutachtliche Stellungnahme in der Sozialen Arbeit. 9. und 10. September 2014 in Münster. www.fh-muenster.de/fb10

Update Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII). 10. September 2014 in Münster. www.fh-muenster.de/fb10

Vom Gemeindehaus zum Quartierzentrum. Gemeinwesendiakonische Beiträge zur Sozialen Stadt. 17. bis 19. September 2014 in Bremen. www.fakd.org

Gelassen statt gestresst. Training Emotionaler Kompetenzen (TEK) zur Stress- und Emotionsregulation. 22. bis 24. September 2014 in Mainz. www.kfh-mainz.de

Sozialraumorientierte Eingliederungshilfe; Ansätze, Überlegungen, Modelle. 25. und 26. September 2014 in Berlin. www.deutscher-verein.de

Auf dem Weg zur Führungskraft. Basiskurs Führen und Leiten. Berufs begleitende Zusatzqualifikation. Beginn 24. September 2014 in Frankfurt am Main. Fort- und Weiterbildungsinstitut der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e. V. www.awo-frankfurt.de/awo/Bildung/FWIA

Kosten und Leistungsrechnung: Das »Denken in Kosten« im Sozialbereich. 9. und 10. Oktober 2014 in Berlin. www.akademie.org

Fachtagung Jugendhilfe 2014: Die Jugendhilfe in der Praxis. Ausblick, Rechtsentwicklungen, Praxisfragen. 16. und 17. Oktober 2014 in Berlin. www.kbw.de

ConSozial. 5. und 6. November 2014 in Nürnberg. www.consozial.de

Gemeinwesenarbeit als Marketing »below the line«: Kontakte im Gemeinwesen erfolgreich nutzen. 11. November 2014 in Stuttgart. www.wohlfahrtswerk.de

Betriebswirtschaft für Nichtkaufleute. 20. und 21. November 2014 in Hannover. www.stephansstift.de

Gewusst wie: Kommunikation und Selbstbehauptung für Frauen in Leitung. 25. November 2014 in Frankfurt am Main. www.awo-frankfurt.com/dienste-angebote/fort-und-weiterbildungsinstitut/das-fwia.html

Neuausrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit. 27. und 28. November 2014 in Berlin. www.fachtagungen-jugendhilfe.de

Eingliederungshilfe nach §35a SGB VIII als Aufgabe des Jugendamtes. 1. und 2. Dezember 2014 in Essen. www.luettringhaus.info

Systemisches Arbeiten in Zwangskontexten: Geschickte Klientinnen und Klienten geschickt beraten. 2. bis 5. Dezember 2014 in Herzogenrath (bei Aachen). www.caritas-akademie.de

Selbst-bewusste Kommunikation. Kommunikationstraining für BeraterInnen nach Marshall B. Rosenberg. 9. bis 11. Februar 2015 in Mainz. www.kfh-mainz.de

Vorschau: Tradition und Innovation. 9. Kongress der Sozialwirtschaft. 16. und 17. April 2015 in Magdeburg. www.sozkon.de

Vorschau 2015: 80. Deutscher Fürsorgetag. 16 bis 18. Juni 2015 in Leipzig. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. www.deutscher-verein.de

Anonyme Spurensicherung in Deutschland

Die anonyme Spurensicherung ist eine wichtige Einrichtung für Menschen, denen sexualisierte Gewalt widerfahren ist. Dort werden die Spuren einer Vergewaltigung rechtssicher dokumentiert, ohne dass die betroffenen Menschen sofort eine Anzeige erstatten müssen oder die Polizei eingeschaltet wird. Sie haben dadurch die Möglichkeit, sich in Ruhe zu überlegen, ob und wann sie Anzeige erstatten möchten. Die Spuren werden anonym und je nach Klinik bis zu 20 Jahre für einen möglichen Gerichtsprozess aufbewahrt. Auf einer Internetseite von Terre des Femmes ist nun eine Übersicht zusammengestellt worden, die übersichtlich nach Bundesland geordnet alle Kliniken, Arztpraxen und Opferschutzambulanzen aufgelistet, die die Möglichkeit der anonymen Spurensicherung anbieten. Die Lage sieht dabei je nach Bundesland sehr unterschiedlich aus.

<http://frauenrechte.de/online/index.php/themen-und-aktionen/haeusliche-und-sexualisierte-gewalt/unterstuetzung-fuer-betroffene/anonyme-spurensicherung>

Richtigstellung

Im Beitrag »Zwischen Sozialarbeitswissenschaft und soziokultureller Halbwissenschaft« in der Ausgabe 5/2013 der Blätter der Wohlfahrtspflege hat das redaktionelle Lektorat aus Sicht des Autors in zwei Fällen zu inhaltlichen Verzerrungen geführt. Dies betrifft zum einen die Überschrift des Essays, die im Original »Sozialarbeitswissenschaft oder soziokulturelle Halbwissenschaft? (K)eine Polemik« lautete. Während die ursprüngliche Version also grundsätzlich die wissenschaftliche Legitimation von Sozialarbeitswissenschaft problematisiert, ist Sie in der gedruckten Fassung bereits gegeben. Zum anderen wird der Satz »Befähigung muss das Ziel professioneller Sozialer Arbeit sein« graphisch hervorgehoben. Diesen Satz hat der Autor jedoch an keiner Stelle seines Aufsatzes formuliert, da Befähigung kein Selbstzweck sein kann. Der Autor spricht jedoch von Befähigung als Maxime Sozialer Arbeit und damit von einer Art Grundsatz oder Selbstverpflichtung. – Prof. Dr. Andreas Thiesen

Kennzahlen

»Ohne Zahl kann die Vielheit der Dinge nicht bestehen; denn ohne Zahl gibt es keine Unterscheidung, Ordnung, Proportion, Harmonie.«

Nikolaus von Kues, deutscher Philosoph (1401–1464)

162.695

Zahl der zugelassenen Rechtsanwälte in Deutschland (Stand 1. Januar 2014)

6.500

Ausgaben in Euro für öffentliche allgemeinbildende Schulen je Schülerin und Schüler im Haushaltsjahr 2011

22.636

Zahl der Beerdigungen, deren Kosten im Jahre 2012 von deutschen Sozialämtern übernommen werden mussten

5.462

Zahl der Studierenden, die im Jahre 2012 in Deutschland im Erststudium eine Abschlussprüfung in einem Studiengang »Soziale Arbeit« bestanden haben

439.157

Zahl der Personen, die im Jahre 2012 in Deutschland Hilfe zur Pflege (SGB XII, 7. Kapitel) erhielten

773.901

Zahl der Personen, die im Jahre 2012 in Deutschland rechtskräftig verurteilt wurden

9.937

Zahl der Menschen aus Deutschland, die im Jahre 2012 von Internationalen Freiwilligendiensten ins Ausland vermittelt wurden